

# Auswirkungen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 26.10.2023 auf die Kita-Finanzierung in NRW

## Seminar am 4. September 2024 von 14:00 bis 17:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundesverwaltungsgericht hat am 26.10.2023 (Az.: 5 C 6.22) ein Grundsatzurteil zur Finanzierung von freien Kita-Trägern gefällt. Danach ist die in Berlin geltende strikte Obergrenze für monatliche Zuzahlungen der Eltern für zusätzliche Leistungen unwirksam. Diese Regelung sei „mit dem Anspruch der freien Jugendhilfeträger auf gleichheitsgerechte Beteiligung am staatlichen System der Kindertagesstättenfinanzierung unvereinbar“, betonte das Gericht. Insbesondere der Grundsatz der Trägerpluralität sei nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Mit Unterstützung von DOMBERT Rechtsanwälte hatte der klagende Träger damit nun in dritter Instanz Erfolg. Wir möchten Ihnen gerne die Hintergründe des Urteils sowie dessen Bedeutung und Auswirkung auf die Kita-Finanzierung in NRW erläutern, zumal auch nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) Teilnahme- oder Kostenbeiträge (Elternbeiträge) ausschließlich vom Jugendamt festgesetzt und weitere Teilnahmebeiträge der Eltern ausgeschlossen sind (§ 51 KiBiz).



### Rechtsanwältin Dr. Beate Schulte zu Sodingen

ist Partnerin bei DOMBERT Rechtsanwälte in Potsdam. Sie berät seit mehreren Jahren freie und öffentliche Träger von Kindertagesstätten bei der Gründung und Finanzierung von Kindertagesstätten.



### Volker Hülsmann

Leiter des Jugendamtes der Stadt Recklinghausen von 2008-2021 (vorher dort seit 1996 stellv. JAL)  
- 2018 bis 2021 Vorsitzender des Arbeitskreises Kinder- und Jugendhilfe der Jugendamtsleitungen beim Städtetag NRW  
- 2013 bis 2021 Mitglied bei der AGJ Berlin im FAK IV „Kindheit, Kinderrechte und Familienpolitik“

Uhrzeit	Programmablauf
ab 13:30 Uhr	<u>Einlass</u>
14:00 Uhr	<b><u>Beginn Seminar</u></b>  1. Rechtliche Hintergründe der Kita-Finanzierung in Berlin, bisheriger Verfahrensgang  2. Wesentlicher Inhalt der Entscheidungsbegründung  3. Bedeutung der Strukturprinzipien des SGB VIII im Lichte der Entscheidung des BVerwG  4. Auswirkungen des Urteils auf die Kita-Finanzierungsregelung in NRW
ca. 15:30 Uhr	<b>10 Min. <u>Pause</u></b>
17:00 Uhr	<b><u>Fazit und Diskussion</u></b>



# Auswirkungen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 26.10.2023 auf die Kita-Finanzierung in NRW

## Die Kanzlei

DOMBERT Rechtsanwälte Part mbB ist eine dynamische Wirtschaftskanzlei mit dem Focus auf das öffentliche Recht. Von unseren Standorten Potsdam und Düsseldorf aus beraten wir Mandanten mit derzeit 33 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten bundesweit. Zu unseren Mandanten zählen Landesbehörden, Landkreise und Gemeinden, kommunale Unternehmen, öffentliche Einrichtungen sowie Unternehmen und Verbände.

Über die DOMBERT Akademie informieren wir unsere Mandanten regelmäßig über neue Rechtentwicklungen und die damit verbundenen Herausforderungen. Unsere Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte verfügen über eine breite Branchenkenntnis und sind vernetzt in Fach- und Arbeitskreisen. Sie pflegen den wissenschaftlichen Austausch über regelmäßige Fachveröffentlichungen. Zudem ist ihre Expertise bei Anhörungen der Gesetzgebungsorgane und der Politik gefragt.

Wenn Sie mehr erfahren wollen, sprechen Sie uns gern an!

## Digitale Anmeldung zur Veranstaltung:

Bitte melden Sie sich digital an und nutzen dafür folgenden Link:

[\\_https://gstoo.de/KITARECHT\\_2024NRW](https://gstoo.de/KITARECHT_2024NRW)

**Die Veranstaltung findet am Mittwoch, den 4. September 2024, von 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr im Haus der Universitäten, Schadowplatz 14 in 40212 Düsseldorf, statt.**

Nach der Anmeldung über diesen Link erhalten Sie eine Bestätigungsmail. Die verbindliche Zusage für die Teilnahme verschicken wir spätestens eine Woche vor der Veranstaltung.

Die Teilnahmegebühr pro Person beträgt 120 € inklusive Mehrwertsteuer.

Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, empfehlen wir eine rasche Anmeldung. Wir freuen uns auf Ihre Zusage und stehen für Rückfragen gern zur Verfügung.

**Kontakt:** veranstaltungen@dombert-akademie.de, Tel. 0331 620 42-876 · Fax 0331 620 42-71

## Schwerpunkte

### Staat und Verwaltung

Schutz der Grundrechte, kommunale Selbstverwaltung, staatliche Beihilfen, Finanzierung öffentlicher Einrichtungen und Aufgaben

### Datenschutz und Informationszugang

Umsetzung datenschutzrechtlicher Vorgaben des EU-, Bundes- und Landesrechts, Umweltinformationen, Akteneinsicht, Umgang mit anvertrauten Informationen und personenbezogenen Daten

### Öffentliche Aufträge und Vergabe

Planung, Vergabe und Abwicklung öffentlicher Aufträge, Fördermittel und Zuwendungsbescheide

### Öffentlicher Dienst

Organisationsverantwortung und Fürsorge öffentlicher Dienstherren und Arbeitgeber, Dienstfähigkeit und Ruhestand, Disziplinarverfahren und Compliance, Besoldungs- und Versorgungsfragen

### Wissenschaft

Hochschulleitung und Aufsicht, Selbstverwaltung, Lehrorganisation, wissenschaftliche Redlichkeit, Finanzierung und Mittelverteilung, Drittmittelforschung, Nebentätigkeiten, Kooperationen, Wissenstransfer, Tierversuche, Anerkennung von nichtstaatlichen Hochschulen

### Planen und Bauen

Regionalpläne, gemeindliche Bauleitplanung und Fachplanung, Hochspannungsleitungen, Rohstoffabbau, Straßen, Schienennetze, Wasserwege, Hafenanlagen, Denkmalschutz und städtebauliche Sanierungsmaßnahmen

### Erneuerbare Energien

Kraft-Wärme-Kopplung, Anlagenzulassung, Stromeinspeisung, Mieterstrommodelle, Zulassung von Energieversorgungs- und Energieerzeugungsanlagen

### Umwelt und Klimaschutz

Abfallwirtschaft und Bodenschutz, Natur- und Immissionsschutz, Wasser- und Ressourcennutzung, Luftreinhaltung, Industrieanlagen, Landwirtschaft und Forstwirtschaft

### Gesundheit

Planung, Kommunalisierung oder Privatisierung von Krankenhäusern, Gesundheitsberufe, Zulassung von Arzneimitteln

### Kita und Schule

Kommunale und freie Kita-Träger, Mustersatzungen, Entgeltordnungen, Betreiberverträge, Planung neuer Kita-Einrichtungen, Genehmigung und Anerkennung von freien Schulen, Schulverträge und Schulgeld

### Beruf und Gewerbe

Staatliche und berufsbezogene Prüfungen, Berufszulassung und Berufsordnung, regulierte Berufe, Arbeitsschutz, Sonntagsarbeit

